

Die VOEB-Presseaussendung vom 20. Jänner 2026 zum Thema „Geplante Plastikabgabe schafft Anreiz für Recycling“ ist in folgenden Medien erschienen:



PRESSEINFORMATION

GEPLANTE PLASTIKABGABE SCHAFFT ANREIZE FÜR RECYCLING

In ihrer Klausur hat die Regierung beschlossen, dass Produzenten von nicht-recyclebarem Kunststoff eine sogenannte „Plastiksteuer“ zahlen sollen. Der Verband Österreichischer Entsorgungsbetriebe (VOEB) und die Arbeitsgemeinschaft Österreichischer Abfallwirtschaftsverbände (ARGE AWV) bewerten diesen Beschluss positiv. Dadurch entsteht ein Anreiz für Produzenten und Importeure von Kunststoffverpackungen, verstärkt auf recyclebare Lösungen zu setzen, so die Expert:innen. So werden Ressourcen geschont, Energie gespart und Emissionen reduziert. Eine EU-weite Abgabe für nicht-recyclebare Kunststoffverpackungen existiert bereits seit 2021 und wird derzeit aus Budgetmitteln finanziert, sie betrug zuletzt über 170 Millionen Euro¹.

Wien, am 20. Jänner 2026 – Künftig sollen Unternehmen, die in Österreich nicht-recyclebare Kunststoffverpackungen in Verkehr bringen, eine „Plastiksteuer“ bezahlen. Die daraus erwarteten Einnahmen werden auf 170 Millionen Euro beziffert. Gabriele Jüly, Präsidentin des VOEB: „Wir fordern schon seit Jahren, dass es Anreize für recyclebare Verpackungen geben muss.“

¹ Quelle : [Haushaltsjahr 2024 der EU, Tabelle 3, S.8](#)

Denn Kunststoff, der nur einmalig verwendet wird, verbraucht unnötig Energie und Ressourcen. Eine Plastiksteuer hätte eine klare Lenkungswirkung, die unsere Branche im Sinne einer effizienten Kreislaufwirtschaft begrüßt.“

Für die Ausgestaltung einer unbürokratischen Lösung zur Umsetzung der Regierungspläne stehen die Abfall- und Ressourcenexpert:innen der Branche gerne zur Verfügung. Eine Plastiksteuer wird dazu führen, dass sich Hersteller vermehrt für recycelbare Kunststoffverpackungen entscheiden. Auch die geplante Abgabe für Pakete aus Drittstaaten sei laut dem VOEB positiv zu bewerten. Durch diese Maßnahme könnten die steigenden Mengen an Verpackungsabfall sowie der Import kaum recycelbarer Materialien und Akkus - sei es in Fast Fashion oder Elektronikgeräten – reduziert werden.

Kunststoffe länger im Kreislauf halten

Durch die Einführung einer Plastikabgabe nach dem Verursacherprinzip erhoffen sich der VOEB und die ARGE AWW mehr Investitionen in Forschung & Entwicklung, um den Einsatz von recycelbaren Kunststoffen zu fördern. ARGE AWW-Präsident Christian Macho: „Wir müssen Kunststoffe im Kreislauf halten. Eine Plastiksteuer nimmt Produzenten stärker in die Pflicht und stellt klar, dass sie für die von ihnen in Umlauf gebrachte, nicht-recycelbare Kunststoffverpackungen verantwortlich sind. Wir erhoffen uns dadurch einen Impuls für die österreichische Kreislaufwirtschaft.“ Dadurch werden Hersteller und Importeure von Verpackungen angeregt, verstärkt auf recycelbare Materialien umzusteigen und den Fokus auf den Einsatz von Rezyklaten zu legen.

80 Cent Abgabe pro Kilogramm

Die bisher bekannte „Plastiksteuer“ bezieht sich auf eine EU-weite Abgabe, die seit dem 1. Jänner 2021 gilt. EU-Mitgliedstaaten müssen 80 Cent pro Kilogramm nicht-recycelter Kunststoffverpackungen an die EU abführen. In Österreich fallen jährlich rund 300.000 Tonnen Kunststoffverpackungsmüll an, von denen rund 200.000 Tonnen nicht recycelt werden. Dies führt zu erheblichen Zahlungen an die EU. Bisher wurden diese Kosten aus dem Budget gedeckt. Das bedeutet, dass die Allgemeinheit für die Abgabe aufkommt.

Gemäß der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage des BMF betrug der Betrag im ersten Jahr (2021) 157² Millionen Euro, im Jahr 2024 bereits über 176 Millionen Euro. Ob die Regierung mit ihrem Beschluss eine neue Abgabe oder eine Neufinanzierung der bisherigen Plastiksteuer plant, ist derzeit unklar.

² Quelle: https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/AB/11478/imfname_1467223.pdf

Über den VOEB:

Der Verband Österreichischer Entsorgungsbetriebe (VOEB) ist die freiwillige Interessensvertretung der kommerziell geführten Abfall- und Ressourcenwirtschaftsunternehmen in Österreich. Der Verband vertritt derzeit über 260 Mitgliedsunternehmen und repräsentiert somit zwei Drittel – gemessen am Umsatz bzw. an den Beschäftigten – der privaten österreichischen Abfallwirtschaftsbetriebe. Insgesamt beschäftigt die Abfallbranche in ihren 3.300 privaten und kommunalen Betrieben mehr als 31.000 Mitarbeiter:innen. Die Unternehmen der Abfall- und Ressourcenbranche sammeln, sortieren und verwerten jährlich 74 Mio. Tonnen Abfall und erwirtschaften dabei Umsätze in der Größenordnung von 9 Mrd. Euro pro Jahr.

Über die Arge Österreichischer Abfallwirtschaftsverbände

Die Arge AWV | Arbeitsgemeinschaft Österreichischer Abfallwirtschaftsverbände ist die Informationsdrehscheibe und Interessensvertretung von Gemeinden und Gemeindeverbänden mit rund 7 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern. In fachlicher Zusammenarbeit mit acht Landesdachorganisationen vertritt die Arge AWV die kommunale Abfallwirtschaft in Österreich. Die Arge AWV setzt sich für faire Rahmenbedingungen, eine nachhaltige Ressourcenwirtschaft sowie den Ausbau der kommunalen Verantwortung im Bereich der Kreislaufwirtschaft ein.

Rückfragen:

Veronika Wüster – Geschäftsführerin

VOEB Tel.: +43 1 713 02 53

E-Mail: wuester@voeb.at

Website: www.voeb.at

Michael Bartmann – Bundeskoordinator Arge

AWV Tel.: +43 676 533 45 12

E-Mail: michael.bartmann@argeawv.at Website: www.argeawv.at